

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0642/04	Datum 23.08.2004
Dezernat: II	FB 02		

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Beschlussvorschlag		
			ange- nommen	abge- lehnt	ge- ändert
Der Oberbürgermeister	07.09.2004	nicht öffentlich			
Finanz- und Grundstücksausschuss	27.10.2004	öffentlich			
Stadtrat	04.11.2004	öffentlich			

Beteiligte Ämter	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Jahresabschluss 2002 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH)

Beschlussvorschlag:

- Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision, Zweigniederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk (mit Zusatz) versehenen Jahresabschluss 2002 der ZPVP GmbH zur Kenntnis.
- Der Gesellschaftervertreter der ZPVP GmbH wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2002 mit einer Bilanzsumme von 11.855.975,69 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 44.015,15 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2002 in Höhe von 44.015,15 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 37.788,69 EUR zu verrechnen und den nicht verrechenbaren Jahresüberschuss in Höhe von 6.226,46 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - dem Geschäftsführer Herrn Dr. Reinhard Fietz sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2002 Entlastung zu erteilen.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA		NEIN	X

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen	jährliche Folgekosten/ Folgelasten	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
Herstellungskosten)				
	keine			
Euro	Euro	Euro	Euro	

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm			
veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:		
Mehreinn.:				Mehreinn.:				Mehreinn.:			
				Jahr	Euro			Jahr	Euro		
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr				davon Vermögens- haushalt im Jahr							
mit Euro				mit Euro							
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen							
				Prioritäten-Nr.:							

federführendes Amt	Sachbearbeiter Herr Koch	Unterschrift FBL Herr Zimmermann
-----------------------	-----------------------------	-------------------------------------

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift Herr Czogalla	
-----------------------------------	----------------------------	--

Begründung:

Das am 1. Mai 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wird grundsätzlich erstmalig für die Geschäftsjahre beginnend ab 1999 angewandt. Entsprechend dieser neuen Vorschriften wurde dem vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2002 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH) von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision, Zweigniederlassung Magdeburg, ein uneingeschränkter, mit einem Zusatz versehener, Bestätigungsvermerk erteilt. Ohne die Beurteilung einzuschränken, weist der Abschlussprüfer darauf hin, dass der Fortbestand der Gesellschaft nur bei konsequenter Umsetzung des Konsolidierungskonzeptes gesichert ist. Darüber hinaus weist der Abschlussprüfer auf Ausführungen im Lagebericht hin, die beinhalten, dass die Finanzierung des Personals der Gesellschaft ab 2005 noch nicht gesichert ist und noch weitere Maßnahmen der Gesellschaft erfordern.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation, des Geschäftsführungs-Instrumentariums und der Geschäftsführertätigkeit ergab bis auf die unter Punkt 3. aufgeführten Feststellungen keine wesentlichen Beanstandungen.

Das Geschäftsjahr 2002 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 44.015,15 EUR ab.

Auswirkungen des KontraG auf die Abschlussprüfung

Zielsetzung des KonTraG ist u.a. die frühzeitige Erkennung von Risiken oder Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder die Vermögens-, Ertrags- oder Finanzlage wesentlich beeinträchtigen. Weitere Ziele liegen in der Verbesserung der Kontrolle durch den Aufsichtsrat und der Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Abschlussprüfer. Entsprechend der auf Grundlage des KonTraG geänderten §§ 317, 321 und 322 HGB ist eine erweiterte Berichterstattung im Prüfungsbericht sowie im Bestätigungsvermerk vorgesehen.

Die Prüfung hat sich insbesondere auf das Erkennen von Unrichtigkeiten und Gesetzesverstößen zu erstrecken. Im Prüfbericht sind Ausführungen darüber zu machen, ob bei der Durchführung der Prüfung Unrichtigkeiten, Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, Tatsachen, die die Entwicklung des Unternehmens wesentlich beeinträchtigen können oder schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter gegen Gesetz, Gesellschaftsvertrag oder Gesellschafterbeschlüsse festgestellt wurden.

Der formelhafte Bestätigungsvermerk wurde abgeschafft. Nunmehr enthält der Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB neben einer Beschreibung von Gegenstand, Art und Umfang auch eine Beurteilung des Prüfungsergebnisses. Auf Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, wird gesondert eingegangen.

Entsprechend dieser Vorschriften wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2002 der ZPVP GmbH geprüft und der Bestätigungsvermerk formuliert.

Grundsätzliche Feststellungen des Abschlussprüfers

In der Stellungnahme des Abschlussprüfers zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter werden nachfolgende Aussagen getroffen:

„Zum **Geschäftsverlauf** in den Geschäftsjahren 2002 und 2003 macht der Geschäftsführer

folgende wesentliche Angaben:

- Die „Experimentelle Fabrik (EXFA) steht seit Aufnahme ihres Betriebes im April 2001 zwar unter zwei Aspekten im Wettbewerb mit anderen IGZ's – als Vermieter eines Innovationszentrums und als Forschungseinrichtung mit eigenem Anspruch-, durch die fachliche Eingrenzung der EXFA auf Technologien der Produktentwicklungs- und -entstehungsprozesse komme jedoch keine Konkurrenzsituation zu anderen Technologiezentren zum Tragen.
- Als wichtiger Vorteil wird die Nähe zur Universität Magdeburg und zu anderen Forschungseinrichtungen herausgestellt.
- Trotz des hohen Vermietungsgrades der EXFA mit über 95 % ist die Einrichtung gemessen an anderen vergleichbaren Einrichtungen zu klein, so dass langfristig angestrebt wird, einen Erweiterungsbau zu errichten.
- Die vorhandenen technologischen Einrichtungen der ZPVP werden vorrangig durch die Universität Magdeburg genutzt, die kommerziellen Mieter haben dagegen hieran nur geringen Bedarf, so dass im Ergebnis nur geringe Mieterlöse aus Gerätevermietungen erzielt werden können.
- Bei dem zusammen mit der w.i.t. GmbH durchgeführten Projekt „Magnetschwebetechnologie“ im Werkzeugmaschinenbau ergaben sich Probleme durch den Insolvenzantrag der w.i.t. GmbH Ende 2003, so dass bereits auf einem Notaranderkonto hinterlegte Mieteinnahmen derzeit nicht zur Verfügung stehen.
- Infolge strengerer EU-Vorschriften wird auch ein weiteres eingeplantes Projekt, die Einrichtung eines Entwicklungslabors zur Brennstoffzellenentwicklung, nicht mehr gefördert werden, so dass Mieteinnahmen aus den für dieses Projekt vorgehaltenen Räumlichkeiten verloren gehen.
- Der Widerruf eines Förderbescheides für ein Geräteprojekt durch das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt führte zu einer Rückabwicklung dieser Beschaffungen und wird, da im Rahmen dieser Beschaffungen zu unrecht geltend gemachte Vorsteuern zurückzuzahlen sind, zu erheblichen finanziellen Belastungen der ZPVP führen.
- Auch die in 2003 durchgeführte Betriebsprüfung bei der ZPVP ergab umfangreiche Steuernachzahlungen, die die Gesellschaft in 2004 belasten werden.

Insgesamt ist nach Ansicht des Geschäftsführers die **Lage der Gesellschaft** als sehr ernst einzustufen, insbesondere im Hinblick auf die Liquiditätslage, die als angespannt einzustufen ist, aber bislang durch Zwischenkredite der Hausbank gesichert war. Da sich aufgrund der Planungen der Gesellschaft bereits in 2004 eine deutliche Liquiditätsunterdeckung abzeichnete, hat die Gesellschaft zusammen mit den Gesellschaftern sowie dem Kultusministerium und dem Wirtschaftsministerium des Landes Sachsen-Anhalt Maßnahmen zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage der ZPVP eingeleitet. Als wesentlich wird die Niederschlagung des Erbbauzinses, die Vermietung der mit Hilfe eines Zuschusses angeschafften Maschinen und Geräte im Rahmen laufender wissenschaftlicher Projekte und die Realisierung weiterer Projekte mit mittelständischen Unternehmen der Region angesehen.

Als wesentlichen Vorgang nach Schluss des Geschäftsjahres sieht der Geschäftsführer den Beschluss über das Konsolidierungskonzept für die Gesellschaft an, der von den beteiligten Ministerien des Landes Sachsen-Anhalt (Ministerium der Finanzen, Kultusministerium) und der Universität Magdeburg getragen wird. Wesentliche Maßnahmen des Konsolidierungskonzeptes sind:

- Leistung einer sonstigen Zuzahlung in das Eigenkapital der Gesellschaft in Höhe von

153 Tsd. EUR in bar durch den Gesellschafter Universität Magdeburg (geleistet am 05.04.2004),

- Vorauszahlung von 80 Tsd. EUR auf die Nebenkostenabrechnung für 2004 durch die Universität Magdeburg,
- Einvernehmliche Aufhebung des auf 15 Jahre zwischen der Universität Magdeburg und ZPVP geschlossenen Mietvertrages wegen Verringerung der von der Universität Magdeburg gemieteten Flächen und Abschluss eines neuen Mietvertrages mit einer Laufzeit von 22 Jahren (Beginn 01.03.2004),
- Verrechnung der Mietvorauszahlungen nach dem neuen Mietvertrag mit dem Rückzahlungsanspruch aus dem aufgelösten Mietvertrag und Einstellung des überschüssenden Betrages in die Kapitalrücklage,
- Vermietung der frei werdenden Flächen an kommerzielle Mieter zwecks Erzielung von liquiditätswirksamen Mieteinnahmen.

Das wesentliche **Risiko für die künftige Entwicklung** der Gesellschaft sieht der Geschäftsführer in dem möglichen nicht konsequenten Umsetzen des Konsolidierungskonzeptes. Insgesamt sieht er die Fortsetzung der ZPVP als gesichert an, wenn auch noch Probleme bei der Finanzierung des Personals ab 2005 bestehen. Er ist aber zuversichtlich, dass Lösungsmöglichkeiten gefunden werden.

Stellungnahme des Abschlussprüfers:

Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Zu Sachverhalten, die die **Entwicklung** der ZPVP **wesentlich beeinträchtigen können** und zu einer **Bestandsgefährdung** führen können, nehmen wir wie folgt Stellung:

„Das vom Geschäftsführer im Lagebericht dargestellte Konsolidierungskonzept schafft die Voraussetzungen für die Fortführung der Gesellschaft. Auf Grund der noch nicht gesicherten Finanzierung des Personals könnte es aber ab 2005 erneut zu Liquiditätsschwierigkeiten kommen, die die Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigen und unter Umständen auch zu einer Bestandsgefährdung führen könnten.“

In der Stellungnahme des Abschlussprüfers zur **Rechnungslegung** wird nachfolgende Aussage getroffen:

„Abschluss- und Abgrenzungsbuchungen wurden nicht zeitgerecht vorgenommen. Geschäftsvorfälle sind nicht immer ausreichend durch Buchungstexte erläutert, so dass sie sich in ihrer Entstehung und Abwicklung nicht innerhalb angemessener Zeit verfolgen lassen. Darüber hinaus wurden Buchungen nicht zeitnah, noch dazu fehlerhaft durchgeführt (z.B. Inanspruchnahme des vollen Vorsteuerabzuges, obwohl nur eine teilweise Inanspruchnahme geboten ist). Diese Mängel im Buchführungssystem lassen Schwächen im rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem erkennen.“

Analyse des Jahresabschlusses 2002 im Vergleich zum Vorjahr

1. Bilanz

Aktiva

„Immaterielle Vermögensgegenstände“ werden in Höhe von 5,4 Tsd. EUR (Vorjahr 8,1 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Bilanzposition „Sachanlagen“ wird in Höhe von 11.328,8 Tsd. EUR (Vorjahr 12.359,6 Tsd. EUR) ausgewiesen und betrifft im Wesentlichen das Gebäude der experimentellen Fabrik und die Außenanlagen in der Sandtorstraße, sonstige Anlagengüter sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung der Gesellschaft.

Stand am 01. Januar 2002	12.705.652,45 EUR
Zugänge in 2002	966.902,41 EUR
Berichtigung in 2002	- 1.736.674,96 EUR
Abschreibungen in 2002	<u>607.060,90 EUR</u>
Stand am 31. Dezember 2002	<u>11.328.819,00 EUR</u>

Die Zugänge im Berichtsjahr in Höhe von 966,9 Tsd. EUR betreffen Geräte im Rahmen des Magnetschwebetechnik-Projektes (964,9 Tsd. EUR) und geringwertige Wirtschaftsgüter (2,0 Tsd. EUR). Die Berichtigung betrifft im Vorjahr unter dieser Position erfasste Geräte, die vollständig durch Zuschüsse des Kultusministeriums finanziert waren. Nach gegenwärtigem Stand geht der Geschäftsführer davon aus, dass die Gesellschaft diese Geräte zwar im eigenen Namen, aber für Rechnung des Kultusministeriums angeschafft hat.

„Unfertige Leistungen“ in Höhe von 123,0 Tsd. EUR (Vorjahr 69,8 Tsd. EUR) betreffen die Ende 2002 noch nicht abgerechneten und an die Mieter weiter zu berechnenden Betriebskosten des Jahres 2002.

„Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ werden in Höhe von 32,1 Tsd. EUR (Vorjahr 11,9 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ in Höhe von 243,6 Tsd. EUR (Vorjahr 535,4 Tsd. EUR) beinhaltet Forderungen gegenüber dem Finanzamt aus Umsatzsteuer (211,3 Tsd. EUR) und Körperschaftsteuer (23,1 Tsd. EUR), Forderungen gegenüber der Landeshauptstadt Magdeburg aus überzahlter Gewerbesteuer (9,0 Tsd. EUR) sowie sonstige Posten (0,2 Tsd. EUR).

Die Position „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten“ verminderte sich zum 31.12.2002 im Vergleich zum Vorjahresstichtag (138,4 Tsd. EUR) um 19,2 Tsd. EUR auf 119,2 Tsd. EUR.

Ein aktiver „Rechnungsabgrenzungsposten“ wird in Höhe von 3,8 Tsd. EUR (Vorjahr 2,2 Tsd. EUR) ausgewiesen. Er beinhaltet abgegrenzte Versicherungsbeiträge.

Passiva

Der „Sonderposten für Investitionszuschüsse“ in Höhe von 9.014,1 Tsd. EUR (Vorjahr 10.466,9 Tsd. EUR) beinhaltet den ergebnisneutral eingestellten Zuschuss für das Vorhaben Experimentelle Fabrik gemäß Zuwendungsbescheid des LFI. Ferner sind hierunter Zuschüsse für Geräteanschaffungen im Rahmen des Magnetschwebetechnik-Projektes erfasst. Zur Berichtigung der im Vorjahr unter dieser Position erfassten Zuschüsse des Kultusministeriums für Geräteanschaffungen wird unter der Bilanzposition „Sachanlagen“ ausgeführt.

Unter Berücksichtigung der Zugänge und Auflösungen ergibt sich folgende Entwicklung:

Stand am 01. Januar 2002	10.466.914,30 EUR
Berichtigung in 2002	- 1.736.674,98 EUR
Zugänge in 2002	768.480,00 EUR

Auflösungen in 2002	<u>484.654,32 EUR</u>
Stand am 31. Dezember 2002	<u>9.014.065,00 EUR</u>

„Rückstellungen“ werden im Berichtsjahr in Höhe von 352,5 Tsd. EUR (Vorjahr 234,3 Tsd. EUR) ausgewiesen und betreffen zurück zu zahlende Vorsteuer (209,5 Tsd. EUR), Umsatz- (60,0 Tsd. EUR) und Ertragssteuerrisiken (10,0 Tsd. EUR) aus der Betriebsprüfung, Abschluss- und Prüfungskosten (38,0 Tsd. EUR), zurück zu zahlende Zuschüsse (14,3 Tsd. EUR), Grundsteuer (16,5 Tsd. EUR) sowie sonstige Rückstellungen (4,2 Tsd. EUR).

Die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ in Höhe von 290,0 Tsd. EUR (Vorjahr 384,4 Tsd. EUR) beinhaltet Zwischenfinanzierungskredite der DKB Deutsche Kreditbank AG.

Unter der Position „Erhaltene Anzahlungen“ sind die von den Mietern auf die Betriebskosten des Jahres 2002 geleisteten Vorauszahlungen in Höhe von 78,3 Tsd. EUR (Vorjahr 62,3 Tsd. EUR) erfasst.

„Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ werden in Höhe von 14,6 Tsd. EUR (Vorjahr 50,4 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Bei den „Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern“ in Höhe von 2,7 Tsd. EUR (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR) handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Die Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (109,9 Tsd. EUR) um 60,5 Tsd. EUR auf 49,4 Tsd. EUR und beinhaltet noch nicht verwendete Investitionszuschüsse für Geräteanschaffungen.

Der „Passive Rechnungsabgrenzungsposten“ in Höhe von 2.022,5 Tsd. EUR (Vorjahr 2.176,2 Tsd. EUR) beinhaltet unverändert die vom Land Sachsen-Anhalt erhaltenen Mietvorauszahlungen für das inzwischen fertiggestellte Forschungs- und Transferzentrum. Im Berichtsjahr wurden 153,6 Tsd. EUR vertragsgemäß ertragswirksam aufgelöst.

2. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Position Umsatzerlöse in Höhe von 399,1 Tsd. EUR (Vorjahr 202,7 Tsd. EUR) beinhaltet Erlöse aus der Vermietung von Räumen an die Otto-von-Guericke-Universität (182,1 Tsd. EUR) und sonstigen Mietern (98,2 Tsd. EUR), Erlöse aus abgerechneten Heiz- und Betriebskosten (69,7 Tsd. EUR) sowie sonstige Erlöse in Höhe von 49,1 Tsd. EUR.

Die Position Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen in Höhe von 53,2 Tsd. EUR (Vorjahr 69,8 Tsd. EUR) betrifft noch nicht abgerechnete Betriebskosten des Jahres 2002.

Die Anderen aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 0,7 Tsd. EUR (Vorjahr 20,9 Tsd. EUR) beinhalten direkt zurechenbare Einzelkosten sowie angemessene Gemeinkostenzuschläge.

Die Position Sonstige betriebliche Erträge weist im Berichtsjahr Erträge in Höhe von 526,9 Tsd. EUR (Vorjahr 421,1 Tsd. EUR) aus. Im Einzelnen handelt es sich dabei um Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (484,7 Tsd. EUR), periodenfremde Erträge (28,7 Tsd. EUR), Versicherungsentschädigungen (6,8 Tsd. EUR) sowie sonstige Erträge (6,7 Tsd. EUR).

Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 125,2 Tsd. EUR (Vorjahr 56,0 Tsd. EUR) beinhalten die wesentlichen Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung (Wärme, Strom, Wasser, Abwasser, Versicherungen, Telefon, Instandhaltung und Wartung, Gebäude- und

Straßenreinigung usw.).

Personalkosten werden in Höhe von 47,6 Tsd. EUR ausgewiesen (Vorjahr 47,3 Tsd. EUR) und betreffen neben dem Gehalt für einen Hausmeister die Vergütung für eine angestellte Pauschalkraft und die auf diesen Personenkreis entfallenden sozialen Abgaben und Beiträge zur Berufsgenossenschaft.

Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung werden in Höhe von 610,4 Tsd. EUR (Vorjahr 506,5 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (107,3 Tsd. EUR) um 31,5 Tsd. EUR auf 75,8 Tsd. EUR. Die Aufwendungen im Berichtsjahr betreffen Abschluss- und Prüfungskosten (23,9 Tsd. EUR), Instandhaltungsaufwendungen (15,5 Tsd. EUR), Rechts- und Beratungskosten (9,1 Tsd. EUR), Werbung (4,7 Tsd. EUR), Abschreibungen auf Forderungen (4,3 Tsd. EUR), Bewirtungskosten (2,6 Tsd. EUR), Mieten und Leasingaufwendungen (2,4 Tsd. EUR) sowie sonstige Aufwendungen (13,3 Tsd. EUR).

Zinsen und ähnliche Erträge wurden in Höhe von 6,0 Tsd. EUR erzielt (Vorjahr 1,3 Tsd. EUR) und beinhalten Zinserträge aus Festgeldanlagen und laufenden Konten.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen werden in Höhe von 8,6 Tsd. EUR (Vorjahr 52,8 Tsd. EUR) ausgewiesen und beinhalten Zinsaufwendungen für Zwischenfinanzierungskredite der DKB Deutsche Kreditbank AG.

Unter den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 10,1 Tsd. EUR (Vorjahr - 8,3 Tsd. EUR) wird die Zuführung der Rückstellung für Ertragssteuerrisiken aus der Betriebsprüfung ausgewiesen.

Unter den Sonstigen Steuern in Höhe von 64,3 Tsd. EUR (Vorjahr 4,5 Tsd. EUR) sind Grund- (18,7 Tsd. EUR) und Umsatzsteuern (45,6 Tsd. EUR) erfasst.

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 44.015,15 EUR.

3. Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung

Die Ergebnisse der **Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz** führten im Wesentlichen unter nachfolgenden Punkten zu Feststellungen bzw. Hinweisen:

6. a) „Ein der Unternehmensgröße angepasstes Risikofrüherkennungssystem ist noch nicht installiert worden.“
8. a) „Eine interne Revision als eigenständige Stelle besteht nicht. Auch durch eine andere Stelle wird diese Funktion nicht wahrgenommen.“
12. c) „Bei der Abwicklung des Zuschusses zu den Gerätebeschaffungen könnte es sich möglicherweise um einen nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäftsvorfall handeln; zumindest ist der Zuschussgeber nicht unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt worden, dass die Gesellschaft faktisch die Bruttoförderung (einschließlich der Umsatzsteuer) in Anspruch genommen hat, obwohl offensichtlich eine Vorsteuerabzugsberechtigung gegeben war.“
16. d) „Die Liquidität war im Jahr 2002 nicht mehr durch Einnahmen aus der laufenden Geschäftstätigkeit gesichert. Die laufende Geschäftstätigkeit und die Investitionen wurden aus Zuschüssen und den Abbau des Finanzmittelfonds finanziert.“

16. I) „ZPVP erhielt in 2002 Investitionszuschüsse des LFI in Höhe von 332 Tsd. EUR; insgesamt hat die Gesellschaft einschließlich der schon in den Vorjahren ausgezahlten Beträge für das Projekt „Experimentelle Fabrik“ Zuschüsse von 9.095 Tsd. EUR erhalten. Darüber hinaus erhielt die ZPVP in 2002 Zuschüsse für Gerätebeschaffungen vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von 104 Tsd. EUR. Abzüglich der zurückgezahlten Fördermittel erhielt die ZPVP für das Projekt insgesamt 2.095 Tsd. EUR. Die Gesellschaft geht nach gegenwärtiger Auffassung davon aus, dass diese Geräte im eigenen Namen im Auftrage des Kultusministeriums angeschafft worden sind. Deshalb bilanziert sie diese Anlagengegenstände und die dazugehörigen Investitionszuschüsse zum 31.12.2002 nicht mehr. Des Weiteren erhielt die Gesellschaft in 2002 vom Wirtschaftsministerium des Landes Sachsen-Anhalt Zuschüsse für die Beschaffung von Komponenten für das Projekt „magnetische Baugruppen“ in Höhe von 818 Tsd. EUR (davon waren 49 Tsd. EUR am Bilanzstichtag noch nicht verwendet).“
17. a) „Unter Berücksichtigung der im Sonderposten für Investitionszuschüsse enthaltenen Eigenkapitalanteile erscheint die Eigenkapitalausstattung der ZPVP ausreichend. Gleichwohl halten wir eine Erhöhung des Stammkapitals bzw. der Rücklagen für geboten.“
19. c) „Besondere Risiken aus schwebenden Geschäften haben wir nicht identifiziert. Im Jahre 2003 sind durch die Insolvenz eines Mieters ein Teil der eingeplanten Mieten bei dem Projekt „Magnetschwebetechnologie“ im Werkzeugmaschinenbau zur Refinanzierung des Eigenanteils derzeit nicht gesichert.“

4. Zusammenfassung

Der geprüfte Jahresabschluss 2002 wurde in der Aufsichtsratssitzung am 05.07.2004 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss der ZPVP GmbH zum 31.12.2002 mit einer Bilanzsumme von 11.855.975,69 EUR und einem Gewinn für das Geschäftsjahr vom 01.01.2002 bis 31.12.2002 in Höhe von 44.015,15 EUR festzustellen, diesen Gewinn unter Abzug des Verlustvortrages aus 2001 auf neue Rechnung vorzutragen sowie den Geschäftsführer und den Aufsichtsrat der ZPVP GmbH für das Geschäftsjahr 2002 zu entlasten.

Die Beteiligungsverwaltung schließt sich den Empfehlungen des Aufsichtsrates an.

Das Prüfungsergebnis 2002 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlage beigefügt. Des Weiteren sind Auszüge aus dem Kurzprotokoll der Aufsichtsratssitzung vom 05.07.2004 beigefügt.

Der Prüfbericht kann nach Absprache in der Beteiligungsverwaltung des Fachbereiches Finanzservice eingesehen werden.

Anlagen:

Zusammenfassung des Prüfberichtes mit Bestätigungsvermerk

Bilanz und Gewinn- u. Verlustrechnung

Lagebericht

Auszug aus der Prüfung gemäß § 53 HGrG

Auszüge a. d. Kurzprotokoll d. Aufsichtsratssitzung vom 05.07.2004

